

Veröffentlichungen

des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung

Jahrgang 2001 (77. Jhg.)

Wien, Dezember 2001

Gesetze: 1. Finanzmarktaufsichtsgesetz,
2. Erstes Euro-Umstellungsgesetz – Bund,

Verordnungen: 4. Änderung der Meldeverordnung 1995,
5. Änderung der Höchstzinssatz-Verordnung

Allgemeine Erlässe und Mitteilungen: 6. Amtliche Formblätter zum Jahresabschluss 2000

7. Bewertungsmethoden für strukturierte Vermögensgegenstände ohne
Kapitalgarantie

8. Bedeckung zum 30. September 2001; stille Reserven und Gewinnbeteiligung

9. Anwendung des Prinzips der Bilanzstetigkeit auf die Bewertung von
Rückstellungen in der Lebensversicherung

Versicherungsunternehmen: 10. Konzessionsangelegenheiten,
11. Bestandsübertragungen und Verschmelzungen,
12. Firmenänderungen,
13. Dienstleistungsverkehr,
14. Treuhänder,
15. Satzungsänderungen,
16. Kleine Brandschaden- und Viehversicherungsvereine

Gesetze

1. Bundesgesetz über die Errichtung und Organisation der Finanzmarktaufsichtsbehörde und über die Änderung des Bankwesengesetzes, des Wertpapieraufsichtsgesetzes, des Investmentfondsgesetzes, des Beteiligungsfondsgesetzes, des Sparkassengesetzes, des Bausparkassengesetzes, des Hypothekenbankengesetzes, des Pfandbriefgesetzes, des EGVG, des Börsegesetzes 1989, des Versicherungsaufsichtsgesetzes, des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes 1994, des Pensionskassengesetzes, des Kapitalmarkt-

gesetzes, des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, des GmbH-Gesetzes und des Nationalbankgesetzes 1984 (**Finanzmarktaufsichtsgesetz – FMAG**),
BGBl. I Nr. 97/2001, kundgemacht am 7. August 2001.

2. Erstes Euro-Umstellungsgesetz - Bund

BGBl. I Nr. 98/2001, kundgemacht am 7. August 2001.

Verordnungen

3. Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Meldeverordnung 1995 geändert wird,

BGBl. II Nr. 48/2001, kundgemacht am 18. Jänner 2001

4. Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung, mit der ein Höchstzinssatz für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Lebensversicherung festgesetzt wird, geändert wird,

BGBl. II Nr. 329/2001, kundgemacht am 31. August 2001.

Allgemeine Erlässe und Mitteilungen

5. Amtliche Formblätter zum Jahresabschluss 2000

(Schreiben an die Versicherungsunternehmen vom 13. Februar 2001, Z. 9 000 600/2-V/6/01)

Das Bundesministerium für Finanzen übersendet die amtlichen Formblätter gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung über die der Versicherungsaufsichtsbehörde vorzulegenden Angaben, BGBl.Nr. 758/1992, zum Jahresabschluss 2000 und einen Vordruck zur Erfassung der Vollständigkeit der gemäß § 83 VAG vorzulegenden Berichtsteile.

Die Formblätter berücksichtigen den Umfang des von Ihrem Unternehmen betriebenen Geschäfts.

1. Formblätter

Gegenüber dem Jahresabschluss 1999 sind insbesondere nachstehende Änderungen zu beachten:

1.1. Neue Formblätter

Auf Grund von Gesetzesänderungen waren die Formblätter RD2I, RF2I und R... für die Übermittlung der Jahresabschlussdaten neu aufzulegen. Die Formblätter wurden bereits für die Übermittlung der Quartalsmeldungen verwendet.

1.2. Unzulässige Eintragungen

In den Formblättern GT2I, KD2I, LD2I, SD2I und RD2I sind in der Zeile 032 Eintragungen nicht zulässig.

1.3. Textänderungen

In den Formblättern S71I und S72I betreffen die Angaben lediglich das selbstabgeschlossene Geschäft. Entsprechend den Formularerläuterungen sind Fälle aus der übernommenen Mitversicherung bei der Anzahlermittlung nicht zu berücksichtigen. Bündelpolizzen sind für jeden betroffenen Versicherungszweig zu zählen.

Zur Klarstellung wurde der Ausdruck "direkte Gesamtrechnung" durch "selbstabgeschlossenes Geschäft" ersetzt.

2. Hinweise betreffend Rechnungslegung

2.1. Inland/Ausland:

Es wird darauf hingewiesen, dass unter "Inland" der gesamte Bilanzbereich zu verstehen ist, so weit das Geschäft nicht von Zweigniederlassungen außerhalb des EWR betrieben wird. Dies bedeutet, dass das gesamte im EWR betriebene Niederlassungs- und Dienstleistungsgeschäft dem inländischen Bilanzbereich zuzuordnen ist.

2.2. Risikorücklage

Unbeschadet der Bestimmungen des § 26a KStG 1988 i.d.F. des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 201/1996 ist in der Bilanz zum 31. Dezember 2000 unter der Bilanzposition gemäß § 81c Abs. 3 B.I. "Risikorücklage gemäß § 73a VAG " auch der versteuerte Teil der Risikorücklage auszuweisen.

2.3. IWD-Geschäft

Gemäß § 1 RLVVU i.d.F. der Verordnung BGBl.Nr. 97/1995 sind seit dem Geschäftsjahr 1996 "indirekte wie direkte Beteiligungen" ("IWD-Geschäft") wie Rückversicherungsverhältnisse zu behandeln.

Für die Berechnung der Schwankungsrückstellung gilt davon abweichend § 1 Abs. 7 der Schwankungsrückstellungs-Verordnung i.d.F. der Verordnung BGBl. II Nr. 66/1997.

3. Vorlagefristen

Die Vorlage der Daten mittels maschinell lesbarer Datenträger hat gemäß § 4 Abs. 1 der Verordnung über die der Versicherungsaufsichtsbehörde vorzulegenden Angaben, BGBl.Nr. 758/1992, **bis spätestens 30. Juni 2001** zu erfolgen. So weit die Vorlage der Daten nicht auf maschinell lesbaren Datenträgern erfolgt, sind die amtlichen Formblätter gemäß § 2 Abs. 2 der vorzit. Verordnung **bis spätestens 31. Mai 2001** vorzulegen. Zu

vorgenannten Stichtagen haben die Daten fehlerfrei der Versicherungsaufsichtsbehörde zur Verfügung zu stehen. Da jeder Korrekturlauf im Bundesrechenzentrum beachtliche Kosten verursacht, wären die durch zusätzliche Korrekturläufe verursachten Mehrkosten bei der Festlegung einer allfälligen Säumnisgebühr gemäß § 115b VAG zu berücksichtigen.

Weiters wird darauf hingewiesen, dass die anderen Unterlagen zum Jahresabschluss, d.h. insbesondere die Berichtsteile gemäß § 83 VAG (Jahresabschluss, Abschlussprüferbericht etc.), unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von sieben Monaten nach Ende des Geschäftsjahres, vorzulegen sind.

4. Vorlage der Jahresabschlussdaten mittels Datenträger

Im Falle der Vorlage der Daten über Datenträger im Wege des Versicherungsverbandes kann die Vorlage eines amtlichen Formblattsatzes gemäß § 2 Abs. 1 oder Datenausdruckes gemäß § 3 der zitierten Verordnung unterbleiben, wenn seitens des Unternehmens sichergestellt ist, dass die dem Bundesrechenzentrum im Wege des Versicherungsverbandes übermittelten Daten den Unternehmensdaten vollinhaltlich entsprechen.

In diesen Fällen ist dem Vollständigkeitsnachweis (Beilage) folgende firmenmäßig gezeichnete Bestätigung anzuschließen:

"Es wird bestätigt, dass die im Wege des Versicherungsverbandes mittels Datenträger übermittelten Jahresabschlussdaten mit den Aufzeichnungen unseres Unternehmens übereinstimmen."

5. Säumnisgebühr gemäß § 115b VAG

Sofern die Daten zu den obgenannten Stichtagen bei der Versicherungsaufsichtsbehörde nicht fehlerfrei vorliegen, so kann diese eine Säumnisgebühr bis zu S 100.000,-- vorschreiben.

6. Allfälliges

Sollten nicht alle erforderlichen Formblätter beiliegen*, so werden Sie ersucht, die fehlenden Formulare von der Versicherungsaufsichtsbehörde direkt anzufordern. Der beige geschlossene* Vordruck zur Vollständigkeitsprüfung ist für jede einzelne Vorlage zu verwenden.

(* Die Wiedergabe der Formblätter wäre zu aufwändig und wurde daher unterlassen.)

6. Bewertungsmethoden für strukturierte Vermögensgegenstände ohne Kapitalgarantie

(Erlass vom 13. Juli 2001, Z. 9 000 600/18-V/D/01)

Gemäß § 81h Abs. 1 VAG sind Kapitalanlagen laut Aktivposten B. der Bilanz mit Ausnahme der im § 81h Abs. 2 VAG genannten Kapitalanlagen wie Gegenstände des Anlagevermögens zu bewerten. Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Wertpapiere über Partizipations- und Ergänzungskapital und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Wertrechte und Investmentfondsanteile gemäß Aktivposten B. der Bilanz sind wie Gegenstände des Umlaufvermögens zu bewerten.

Vermögensgegenstände, die keine 100%-ige Kapitalgarantie des Emittenten aufweisen und deren Rückzahlungsbetrag bedingungsgemäß auf Grund einer optionalen Komponente nicht im Vorhinein bestimmt ist (z. B. Reverse Convertibles, Cash or Share/Index-Anleihen), sind unter dem Bilanzposten B. III. 1. des § 81c Abs. 2 VAG bzw., falls es sich um Vermögensgegenstände verbundener Unternehmen oder Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, unter dem Bilanzposten B. II. 2. oder B. II. 4. des § 81c Abs. 2 VAG, auszuweisen und wie Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens (§ 81h Abs. 2 VAG) zu bewerten. Bei der Bewertung derartiger Vermögensgegenstände ist Folgendes zu beachten:

- a) Bei Vorhandensein eines anerkannten und liquiden Marktes ist der niedrigere Marktpreis oder Börsenkurs heranzuziehen.
- b) Besteht für diesen Vermögensgegenstand kein anerkannter und liquider Markt, so sind nicht repräsentative An- und Verkaufskurse nicht heranzuziehen. In diesem Fall ist der Wert, der dem Vermögensgegenstand am Bewertungsstichtag beizulegen ist, rechnerisch zu ermitteln.

Übersteigen die Anschaffungskosten den beizulegenden Wert, ist der Vermögensgegenstand auf diesen Wert abzuwerten. Dieser beizulegende Wert ist durch eine geeignete, allgemein anerkannte Methode rechnerisch zu ermitteln, wobei das künftige Risikoprofil zu beachten ist.

Folgende Grundsätze sind einzuhalten:

- Die Bewertung muss ausreichend dokumentiert, für einen sachkundigen Dritten nachvollziehbar, stetig und konsistent sein. Dies gilt für die Bewertungsmethode sowie für die Verwendung der der Bewertung zu Grunde liegenden Parameter. Der Bewertung sind aktuelle Marktdaten zu Grunde zu legen.
- Die Bewertung ist von einer fachkundigen, einschlägig ausgebildeten Person im Versicherungsunternehmen oder in der Emissionsbank oder von einer sonstigen fachkundigen dritten Person durchzuführen.

- Werden strukturierte Vermögensgegenstände bilanziell in ihre Komponenten aufgespaltet und gesondert ausgewiesen, so sind obige Grundsätze sinngemäß für sämtliche Einzelkomponenten zu beachten.
- Hinsichtlich der Häufigkeit der Bewertung wird auf § 79b Abs. 3 VAG verwiesen, wonach Vermögensgegenstände, die zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen herangezogen werden, zumindest quartalsweise zu bewerten sind.
- Der Abschlussprüfer hat in seinem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses ausdrücklich festzuhalten, ob die in diesem Schreiben enthaltenen Vorschriften eingehalten wurden sowie von welcher Stelle die Bewertung durchgeführt wurde.

Die in diesem Schreiben angeführten Grundsätze gelten auch für strukturierte Darlehen und sind spätestens zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2001 anzuwenden.

8. Bedeckung zum 30. September 2001;

Stille Reserven und Finanzierung der Gewinnbeteiligung

(Erlass vom 28. September 2001, Z. 9 000 500/7-V/10/01)

Die bisherige Kapitalmarktsituation des Jahres 2001 lässt erwarten, dass das Finanzergebnis vieler Versicherungsunternehmen im Geschäftsjahr 2001 von teilweise hohen Abschreibungen im Wertpapiersektor gekennzeichnet sein wird.

Um beurteilen zu können, ob die Versicherungsunternehmen auch künftig in der Lage sein werden, ihren Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen nachzukommen, wird gemäß § 100 VAG angeordnet, dass die Meldungen gemäß § 79b VAG zum 30. September 2001 bereits spätestens am 31. Oktober 2001 vorzulegen sind. Sollte zu diesem Zeitpunkt eine Meldung per Diskette nicht möglich sein, so ist die Vorlage in Papierform zulässig. In diesem Falle ist die entsprechende Meldediskette bis 12. November 2001 nachzubringen.

Weiters soll bei Versicherungsunternehmen, die die Lebensversicherung (ausgenommen die fonds- und indexgebundene Lebensversicherung) oder die Krankenversicherung betreiben, überprüft werden, ob die nachhaltige Finanzierbarkeit der Erhöhung des Deckungserfordernisses, insbesondere der Gewinnbeteiligung, gewährleistet ist.

Daher sind der Versicherungsaufsichtsbehörde bis spätestens 15. Oktober 2001 folgende Daten – getrennt für die Lebensversicherung und die Krankenversicherung - vorzulegen, wobei als Stichtag der 30. September 2001 heranzuziehen ist:

- die Höhe des Deckungserfordernisses,
- der derzeitige Stand der Rückstellung für künftige Gewinnbeteiligung,

- der Buchwert der dem Deckungsstock gewidmeten Vermögensgegenstände, bewertet zum 30. September 2001 sowie
- die Höhe der stillen Reserven, wobei im Falle der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips allfällige negative Differenzen zwischen Verkehrswert und Buchwert gegenverrechnet werden müssen.

Weiters ist das Deckungserfordernis per 31. Dezember 2001 auf Basis der voraussichtlichen Gesamtverzinsung (Rechnungszins zuzüglich Zinsgewinnanteil) unter Vernachlässigung des Neuzuganges an Versicherungspolizzen im vierten Quartal 2001 zu prognostizieren. Als Zinsgewinnanteil ist dabei der für das Jahr 2001 für den aktuellen Tarif der gemischten Versicherung voraussichtlich gewährte anzuwenden. Falls ein solcher noch nicht angegeben werden kann, ist der für das Geschäftsjahr 2000 gewährte Zinsgewinnanteil heranzuziehen. Die Gesamtverzinsung des Geschäftsjahres 2000 sowie die für die obige Berechnung verwendete Gesamtverzinsung sind der Versicherungsaufsichtsbehörde mitzuteilen.

Unter der Annahme, dass sich der Wert der Vermögensgegenstände zwischen 30. September 2001 und 31. Dezember 2001 nicht mehr verändert, ist weiters

- die voraussichtliche Höhe der Rückstellung für künftige Gewinnanteile und
- die voraussichtliche Höhe der stillen Reserven (nach Abzug des voraussichtlich erforderlichen Auflösungsbetrages)

per 31. Dezember 2001 anzugeben.

Weiters ist die Auswirkung einer Änderung des Zinsgewinnanteils um einen Prozentpunkt auf die Höhe des voraussichtlichen Deckungserfordernisses per 31. Dezember 2001 darzustellen und die Höhe der prognostizierten Gesamtverzinsung für aktuelle Offerte von gemischten Versicherungen bekannt zu geben.

Zusätzlich sind Maßnahmen darzulegen, die die ausreichende Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie die Finanzierung der Gewinnbeteiligung sicherstellen.

Alle von der Versicherungsaufsichtsbehörde benötigten Daten sind aus der beiliegenden* Tabelle ersichtlich. Es wird ersucht, die Daten in die über den Versicherungsverband elektronisch übermittelte Tabelle einzutragen und diese direkt an die Versicherungsaufsichtsbehörde zu übermitteln (E-mail-Adresse: post.v-10@bmf.gv.at).

(* die Tabelle wird aus technischen Gründen nicht wiedergegeben).

9. Anwendung des Prinzips der Bilanzstetigkeit auf die Bewertung von Rückstellungen in der Lebensversicherung

(Erlass vom 14. Dezember 2001, Z.9 000 400/7-V/10/01)

Versicherungsunternehmen haben bei der Bilanzierung und Bewertung grundsätzlich die allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften anzuwenden, soweit nicht aufsichtsrechtliche Spezialvorschriften für Versicherungsunternehmen bestehen.

Auf Grund des in § 201 Abs. 2 Z 1 HGB verankerten Grundsatzes der Bewertungsstetigkeit kann von einer einmal gewählten Bewertungsmethode nicht willkürlich abgegangen werden. Ein Abweichen von diesem Grundsatz ist gemäß § 201 Abs. 2 letzter Satz HGB nur bei Vorliegen besonderer Umstände zulässig (vgl. Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 25. November 1999, GZ 9 000 129/19-V/6/99).

Dieser handelsrechtliche Grundsatz ist nicht nur auf im Falle von Bewertungswahlrechten anwendbar, sondern umso mehr auf genehmigte bzw. dem Bundesministerium für Finanzen zur Kenntnis gebrachte Bewertungsmethoden der Rückstellungen in der Lebensversicherung, auch wenn deren Änderung keinen Einfluss auf vertragliche Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern hätte.

Das Bundesministerium für Finanzen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass jede Änderung dieser Bewertungsprinzipien, insbesondere jede Anwendung einer Berechnungs- oder Bilanzierungsmethode, die zu niedrigeren Rückstellungen führt, als wenn die für das Geschäftsjahr 2000 verwendete Berechnungs- oder Bilanzierungsmethode angewendet würde, eine Durchbrechung des Grundsatzes der Bewertungsstetigkeit darstellt und daher nur bei Vorliegen eines besonderen Grundes vorgenommen werden darf.

Die Kapitalmarktsituation im Jahr 2001 stellt nach Ansicht der Versicherungsaufsichtsbehörde für sich alleine noch keinen besonderen Grund im Sinne des § 201 Abs. 2 HGB für eine solche Änderung einer passivseitigen Bewertungsmethode dar.

Darüber hinaus weist das Bundesministerium für Finanzen darauf hin, dass jede Änderung der Berechnungs- oder Bewertungsmethode für Rückstellungen in der Lebensversicherung eine Änderung des Gewinnplanes und damit der versicherungsmathematischen Grundlagen darstellt und daher gemäß § 18 Abs. 2 VAG dem Bundesministerium für Finanzen mitzuteilen ist.

Versicherungsunternehmen

10. Konzessionsangelegenheiten

10.1. Neuzulassung

OAFA Versicherung AG

Erteilung der Konzession für die Versicherungszweige:

- Nr. 1. Unfall
 - Nr. 8. Feuer und Elementarschäden
 - Nr. 9. Sonstige Sachschäden
 - Nr.13. Allgemeine Haftpflicht
 - Nr.16. Verschiedene finanzielle Verluste
alle eingeschränkt auf die Reiseversicherung, sowie
 - Nr.18. Beistandsleistungen
- (25. September 2001, Z 9 198 300/1-V/12/01)

10.2. Zusätzliche Versicherungszweige

Wüstenrot Versicherungs-Aktiengesellschaft

Erteilung der Konzession für die Versicherungszweige:

- Nr. 2. Krankheit
 - Nr. 3. Landfahrzeug-Kasko (ohne Schienenfahrzeuge)
 - Nr. 8. Feuer und Elementarschäden
 - Nr. 9. Sonstige Sachschäden
 - Nr.10. Haftpflicht für Landfahrzeuge mit eigenem Antrieb
 - Nr.13. Allgemeine Haftpflicht
 - Nr.16. Verschiedene finanzielle Verluste
 - Nr.17. Rechtsschutz
- (26. März 2001, Z 9 176 300/1-V/12/01)

Grazer Wechselseitige Versicherung Aktiengesellschaft

Erteilung der Konzession für den Versicherungszweig:

- Nr.21. Fondsgebundene Lebensversicherung:
- (14. Mai 2001, Z 9 135 300/1-V/12/01)

Postversicherung Aktiengesellschaft

Erteilung der Konzession für den Versicherungszweig:

- Nr.21. Fondsgebundene Lebensversicherung:
- (15. Mai 2001, Z 9 146 300/1-V/12/01)

AXA Nordstern Colonia Versicherungs-AG

Erteilung der Konzession für den Versicherungszweig:

- Nr.21. Fondsgebundene Lebensversicherung:
- (17. August 2001, Z 9 147 300/1-V/12/01)

Hypo Versicherung AG

Erteilung der Konzession für den Versicherungszweig:

- Nr.21. Fondsgebundene Lebensversicherung:
- (25. September 2001, Z 9 140 300/1-V/12/01)

10.3. Erlöschen der Konzession

Helvetia Schweizerische Versicherungsgesellschaft, Direktion für Österreich
Erlöschen der Konzession für den Versicherungszweig:
Nr.12. Binnensee- und Flussschiffahrts-Haftpflicht
(11. Juni 2001, Z 9 138 300/3-V/12/01)

11. Bestandsübertragungen und Verschmelzungen

Volksfürsorge-Jupiter Allgemeine Versicherungs-AG
Verschmelzung mit der Wüstenrot Versicherungs-Aktiengesellschaft
(19. April 2001, Z 9 176 302/3-V/12/01)

Versicherungsverband der Industriellen Aktiengesellschaft
Verschmelzung mit der Allianz Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft
(29. Juni 2001, Z 9 163 302/1-V/12/01)

Interrisk Internationale Versicherungsholding GmbH
Übertragung des gesamten Versicherungsbestandes auf die Wiener Städtische
Allgemeine Versicherungs-AG
(10. Oktober 2001, Z 9 182 302/1-V/12/01)

12. Firmenänderungen

Allgemeine Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der Firma auf:
"ARAG Österreich Allgemeine Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft"
(29. November 2001, Z 9 111 340/1-V/12/01)

AXA Nordstern Colonia Versicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der Firma auf:
"AXA Versicherung Aktiengesellschaft"
(21. Dezember 2001, Z 9 147 340/1-V/12/01)

VAV Versicherung für die Bauwirtschaft Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der Firma auf:
auf "VAV Versicherungs-Aktiengesellschaft"
(19. Juni 2001, Z 9 161 340/1-V/12/01)

13. Anmeldungen zum Dienstleistungsverkehr ¹

Winterthur-Garantie, Deutsche Garantie- und Kautions-Versicherungs-Aktiengesellschaft,
München
Versicherungszweige Nrn. 15 und 16
(26. Jänner 2001, Z 9 939 308/1-V/12/01)

Life Value S.p.A, Triest
Versicherungszweige Nrn. 19, 21 und 23
(12. Feber 2001, Z 9 940 308/1-V/12/01)

Sella Life Limited, Dublin
Versicherungszweig Nr. 21
(14. Feber 2001, Z 9 941 308/1-V/12/01)

Trygg-Hansa Försäkringsaktiebolag, Stockholm
Versicherungszweige Nrn. 1 bis 9 und 11 bis 18
(19. Feber 2001, Z 9 942 308/1-V/12/01)

Sandvik Försäkringsaktiebolag AG, Sandviken/Schweden
Versicherungszweige Nrn. 7, 8 und 9
(26. Feber 2001, Z 9 943 308/1-V/12/01)

Tryg-Baltica Forsikring, internationalt forsikringselskab A/S, Ballerup/Dänemark
Versicherungszweige Nrn. 5 bis 9, 11 bis 13 und 16
(20. März 2001, Z 9 944 308/1-V/12/01)

GENERALI schadeverzekering maatschappij N.V., Diemen/Niederlande
Versicherungszweige Nrn. 1 bis 3, 6 bis 9, 12, 13 und 16 bis 18
(27. März 2001, Z 9 946 308/1-V/12/01)

PMI Mortgage Insurance, Dublin
Versicherungszweig Nr. 14
(9. April 2001, Z 9 947 308/1-V/12/01)

BUPA Insurance Limited, London
Versicherungszweige Nrn. 1 und 2
(17. April 2001, Z 9 948 308/1-V/12/01)

CGU COURTAGE S.A., Paris
Versicherungszweige Nrn. 16 und 18
(19. April 2001, Z 9 949 308/1-V/12/01)

Generali Vita S.p.A, Triest
Versicherungszweige Nrn. 19, 21 mit Permanent Health Insurance und 23
(2. Mai 2001, Z 9 950 308/1-V/12/01)

Landmark Insurance Company Limited, London
Versicherungszweige Nrn. 5 und 11
(30. April 2001, Z 9 951 308/1-V/12/01)

¹ Ausländische Versicherungsunternehmen aus dem EWR, die gemäß § 14 VAG zur Ausübung des Dienstleistungsverkehrs in Österreich berechtigt sind (in Klammer der Sitz des Unternehmens bzw. der Zweigniederlassung). Das jeweils angeführte Datum ist jenes des Einlangens der Anmeldung beim BMF.

Quadrifoglio Vita S.p.A., Bologna
Versicherungszweige Nrn. 19, 21 und 23 sowie die Verwaltung von Pensionsfonds
(4. Mai 2001, Z 9 952 308/1-V/12/01)

Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG, München
Versicherungszweig Nr. 17
(8. Mai 2001, Z 9 954 308/1-V/12/01)

ELVIA Travel Insurance International N.V., Amsterdam
Versicherungszweige Nrn. 1, 2, 7, 8, 9, 13, 16, 17 und 18
(27. Juni 2001, Z 9 953 308/2-V/12/01)

Inora Life Limited, Dublin
Versicherungszweige Nrn. 19 und 21
(18. Juni 2001, Z 9 955 308/1-V/12/01)

Phoenix Assurance PLC, Liverpool
Versicherungszweige Nrn. 19, 20, 21, 23 sowie Permanent Health
(9. Juli 2001, Z 9 957 308/1-V/12/01)

Pine Indemnity Limited, Dublin
Versicherungszweig Nr. 13
(31. Juli 2001, Z 9 958 308/1-V/12/01)

Cigna Europe Insurance Company of Europe, Brüssel
Versicherungszweige Nrn. 1, 2 und 16
(2. August 2001, Z 9 959 308/1-V/12/01)

Sir Huckleberry Prize Indemnity Insurance Company Onderlinge Waarborgmaatschappij U.A.,
Amsterdam
Versicherungszweig Nr. 16
(7. August 2001, Z 9 960 308/1-V/12/01)

Zürich Agrippina Versicherung -Aktiengesellschaft, Frankfurt
Versicherungszweige Nrn. 1, 3, 4, 6 bis 9 und 13 bis 16
(26. Juni 2001, Z 9 743 308/1-V/12/01)

Criterion Life Assurance Limited, Petersfield/Großbritannien
Versicherungszweig Nr. 19
(27. August 2001, Z 9 961 308/1-V/12/01)

Delta Lloyd Life, Brüssel
Versicherungszweige Nrn. 21, 22 und 23
(29. August 2001, Z 9 332 308/1-V/12/01)

ReGolden Arches Insurance Limited, Dublin
Versicherungszweige Nrn. 1, 2, 3, 7, 8, 9, 13 und 16
(18. September 200, Z 9 963 308/1-V/12/01)

Quelle Versicherung Aktiengesellschaft, Fürth/Deutschland
Versicherungszweig Nr. 9
(7. September 2001, Z 9 962 308/1-V/12/01)

Bayerischer Versicherungsverband Versicherungsaktiengesellschaft, München
Versicherungszweige Nrn. 3, 4, 7, 8, 9, 10b und 13
(5. Oktober 2001, Z 9 964 308/1-V/12/01)

ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf
Versicherungsbranche Nrn. 1, 9 und 13
(9. Oktober 2001, Z 9 965 308/1-V/12/01)

INA Vita S.p.A., Rom
Versicherungsbranche Nrn. 19, 21, 23, sowie Permanent Health Insurance
(4. Oktober 2001, Z 9 966 308/1-V/12/01)

International Transport Intermediaries Club Limited, London
Versicherungsbranche Nrn. 12 und 13
(2. November 2001, Z 9 967 308/1-V/12/01)

ASPECTA Assurance International Luxembourg SA, Luxemburg
Versicherungsbranche Nrn. 19, 20 und 21
(5. November 2001, Z 9 968 308/1-V/12/01)

American Security Life Insurance Company Limited, Liechtenstein
Versicherungsbranche Nrn. 19, 21 und 23
(21. Dezember 2001, Z 9 970 308/1-V/12/01)

DANICA Life SA, Luxemburg
Versicherungsbranche Nrn. 19, 20 und 21
(8. Dezember 2001, Z 9 971 308/1-V/12/01)

Electrolux Försäkringsaktiebolag Insurance Company Ltd., Stockholm
Versicherungsbranche Nrn. 1 bis 3, 7 bis 9 und 13 bis 18
(31. Dezember 2001, Z 9 972 308/1-V/12/01)

14. Treuhänder für die Überwachung des Deckungsstocks

Basler Versicherungs-Aktiengesellschaft
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Dr. Franz LIEBMANN
(27. Juni 2001 Z 9 118 380/2-V/6/01)

Hypo Versicherung AG
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Dkfm.Dr. Helmut UHLIR
Zur Stellvertreterin des Treuhänders wurde bestellt:
Frau Mag. Silvia ZENDRON
(11. Mai 2001, Z 9 140 380/2-V/6/01)

Postversicherung Aktiengesellschaft
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Dipl.Ing. Mag. Harald GÖSSL
(11. April 2001, Z 9 146 380/2-V/6/01)

Winterthur Versicherungs-Aktiengesellschaft
Zur Stellvertreterin der Treuhänderin wurde bestellt:
Frau Mag. Margarete SINABELL
(27. Juni 2001, Z 9 137 380/2-V/6/01)

Zürich Kosmos Versicherungen Aktiengesellschaft
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Norbert CSUKOVITS
(26. Jänner 2001, Z 9 142 380/2-V/6/01)

Allianz Elementar Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Franz HOLZINGER
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Alexander MÜLLNER
(19. Dezember 2001, Z 9 170 380/4-V/6/01)

Allianz Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Dr. Stefan MELHARDT
(19. Dezember 2001, Z 9 171 380/3-V/6/01)

APK-Versicherung Aktiengesellschaft
Zur Treuhänderin wurde bestellt:
Frau Mag. Elisabeth VITZTHUM
(19. Dezember 2001, Z 9 177 380/3-V/6/01)

AXA Nordstern Colonia Versicherungs-Aktiengesellschaft
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Alexander MÜLLNER
(9. August 2001, Z 9 147 380/2-V/6/01)

AXA Versicherung AG
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Norbert CSUKOVITS
(19. Dezember 2001, Z 9 147 380/4-V/6/01)

Basler Versicherungs-Aktiengesellschaft
Zur Stellvertreterin des Treuhänders wurde bestellt:
Frau Mag. Elisabeth FLORKOWSKI
(19. Dezember 2001, Z 9 118 380/5-V/6/01)

BAWAG Versicherung Aktiengesellschaft
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Robert GÜRTLER
(26. November 2001, Z 9 121 380/2-V/6/01)

Donau Allgemeine Versicherungs-AG
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Gerhard KÖPF
(19. Dezember 2001, Z 9 126 380/2-V/6/01)

Der Anker Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Zur Stellvertreterin des Treuhänders wurde bestellt:
Frau Dr. Elfriede FRITZ
(19. Dezember 2001, Z 9 123 380/2-V/6/01)

Erste n.oe. Brandschaden-Versicherungsaktiengesellschaft
Zur Treuhänderin wurde bestellt:
Frau Mag. Karin HARREITHER
Zur Stellvertreterin der Treuhänderin wurde bestellt:
Frau Christine FRUHSTUCK
(19. Dezember 2001, Z 9 129 380/2-V/6/01)

Generali Versicherung AG
Zur Treuhänderin (ausgenommen die Lebensversicherung) wurde bestellt:
Frau Mag. Gerlinde TAURER
(19. Dezember 2001, Z 9 128 380/2-V/6/01)

Grazer Wechselseitige Versicherung Aktiengesellschaft
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Mag. Andreas PREGESBAUER
(20. Dezember 2001, Z 9 135 380/3-V/6/01)

Skandia Leben AG Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Robert GÜRTLER
(11. Oktober 2001, Z 9 195 380/2-V/6/01)
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Robert GÜRTLER
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Dr. Martin ATZMÜLLER
(19. Dezember 2001, Z 9 195 380/4-V/6/01)

Sparkassen Versicherung Aktiengesellschaft
Zum Treuhänder wurde bestellt:
Herr Dr. Herbert KOFLER
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Mag. Heinrich TREER
(19. Dezember 2001, Z 9 127 380/3-V/6/01)

Oberösterreichische Versicherung Aktiengesellschaft
Zum Stellvertreter des Treuhänders wurde bestellt:
Herr Dr. Gerhard SCHRÖCKMAYR
(20. Dezember 2001, Z 9 169 380/2-V/6/01)

15. Satzungsänderungen

APK-Versicherung AG
Änderung der §§ 2, 3, 13 und 19
(28. September 2001, Z 9 177 340/2-V/12/01)

ARAG Allgemeine Rechtsschutzversicherungs-AG
Änderung der §§ 1, 5, 12, 15, 18, 19, 20 und 29
(5. Oktober 2001, Z 9 111 340/1-V/12/01)
Änderung des § 1
(30. November 2001, Z 9 111 340/3-V/12/01)

AXA Versicherung AG
Änderung des § 1
(21. Dezember 2001, Z 9 147 340/1-V/12/01)

Basler Versicherungs-Aktiengesellschaft in Österreich
Änderung der §§ 4, 8, 9, 11, 13, 14, 15 und 19
(12. Juli 2001, Z 9 118 340/1-V/12/01)

BAWAG-Versicherung Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 2, 4, 6 und 7
(19. April 2001, Z 9 121 340/2-V/12/01)

CA Versicherung AG
Änderung der §§ 4 und 24
(9. Mai 2001, Z 9 187 340/1-V/12/01)

Collegialität Versicherung auf Gegenseitigkeit
Änderung der §§ 1 und 12
(5. Juni 2001, Z 9 120 340/2-V/12/01)

D.A.S. Österreichische Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG
Änderung des § 5
(9. Mai 2001, Z 9 124 340/1-V/12/01)

Der Anker Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 2, 4, 10, 21, 14, 18 und 20
(5. Juli 2001, Z 9 123 340/1-V/12/01)

Drei Banken Versicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 2, 4, 9, 11, 14 und 16
(5. Juli 2001, Z 9 119 340/1-V/12/01)

Erste n.oe. Brandschaden-Versicherungsaktiengesellschaft
Änderung der §§ 2, 3, 5, 12 und 14
(5. Juli 2001, Z 9 129 340/3-V/12/01)

GRAWE Vermögensverwaltung
Änderung der §§ 16, 22, 24, 31, 41, 48 und 50
(27. Juni 2001, Z 9 193 340/2-V/12/01)

Grazer Wechselseitige Versicherung Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 4, 6, 11, 23 und 29
(27. Juni 2001, Z 9 135 340/3-V/12/01)

Hypo Versicherung Aktiengesellschaft
Änderung des § 4
(13. Juni 2001, Z 9 140 340/1-V/12/01)

Kärntner Landesversicherung auf Gegenseitigkeit
Änderung der §§ 1, 2, 12, 13, 15 und 18
(23. November 2001, Z 9 141 340/6-V/12/01)

MLP Lebensversicherung AG
Änderung der §§ 4 und 5
(28. September 2001, Z 9 130 340/1-V/12/01)

Oberösterreichische Versicherung Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 4 und 11
(31. Juli 2001, Z 9 169 340/1-V/12/01)

Oberösterreichische Wechselseitige Versicherung Vermögensverwaltung
Änderung der §§ 9, 10 und 13
(2. August 2001, Z 9 196 340/1-V/12/01)

Österreichische Beamtenversicherung Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Änderung des § 12
(5. Juli 2001, Z 9 150 340/1-V/12/01)

Österreichische Kreditversicherung Aktiengesellschaft
Änderung des § 4
(6. Juli 2001, Z 9 152 340/1-V/12/01)

Skandia Leben AG
Änderung der §§ 4, 8 und 9
(22. Mai 2001, Z 9 195 340/1-V/12/01)

Sparkassen Versicherung Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 4, 10, 11, 13, 15, 17 und 18
(22. Jänner 2001, Z 9 127 340/1-V/12/01)

Union Versicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 4 und 18
(19. April 2001, Z 9 160 340/1-V/12/01)

VAV Versicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 1, 3, 10, 13, 14 und 15
(19. Juni 2001, Z 9 161 340/1-V/12/01)

Volksfürsorge-Jupiter Allgemeine Versicherungs-AG
Änderung des § 1
(1. März 2001, Z 9 153 340/1-V/12/01)

Wiener Städtische Wechselseitige Versicherungsanstalt-Vermögensverwaltung
Änderung der §§ 13, 14 und 21
(13. Feber 2001, Z 9 192 340/1-V/12/01)

Winterthur Versicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 5 und 15
(11. Juli 2001, Z 9 137 340/1-V/12/01)

Wüstenrot Versicherungs-Aktiengesellschaft
Änderung der §§ 2, 4, 5 und 22
(27. März 2001, Z 9 176 340/1-V/12/01)
Änderung der §§ 10, 15, 26, 27, 28 und 30
(6. April 2001, Z 9 176 340/4-V/12/01)

Zürich Kosmos Versicherungen
Änderung der §§ 4 und 20
(5. Juli 2001, Z 9 142 340/1-V/12/01)

16. Kleine Brandschaden- und Viehversicherungsvereine

16.1. Auflösungen

Brandschadenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Tiefgraben
(16. Juli 2001, Z 9 525 899/1-V/12/01)

Viehversicherungsverein Holzgau
(17. September 2001, Z 9 611 899/1-V/12/01)

16.2. Änderungen der Höchstversicherungssumme

Brandschadenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit St. Lorenz - Innerschwand
(18. September 2001, Z 9 522 815/1-V/10/01)

Gegenseitiger Brandschaden Versicherungsverein Enzenkirchen
(21. Dezember 2001, Z 9 508 815/1-V/10/01)

Hohenauer Wechselseitige Versicherung
(17. April 2001, Z 9 536 815/1-V/6a/01)

Wälder Versicherung V.a.G.
(21. Dezember 2001, Z 9 543 815/1-V/10/01)

Wechselseitiger Versicherungsverein Schwand i.l.
(21. Dezember 2001, Z 9 518 815/1-V/10/01)

16.3. Satzungsänderungen

Atzbacher Versicherung Verein auf Gegenseitigkeit
(30. Juli 2001, Z 9 519 810/1-V/12/01)

Brandschaden-Versicherungsverein Altmünster am Traunsee
(16. Juli 2001, Z 9 504 810/1-V/12/01)

Walser Versicherung V.a.G.
(3. April 2001, Z 9 544 899/1-V/12/01)

Wartberger Versicherung VvaG
(31. Juli 2001, Z 9 527 810/1-V/12/01)

Wechselseitiger Brandschaden-Versicherungsverein Tennengau
(4. April 2001, Z 9 532 810/2-V/12/01)